

Offener Brief an die Fraktionen im Mainzer Stadtrat

Mainz, 15. Januar 2026

Aufnahme schwer verletzter Kinder aus dem Gazastreifen zur medizinischen Behandlung

Sehr geehrte Vorsitzende der demokratischen Stadtratsfraktionen,

in der Allgemeinen Zeitung vom 15.11.2025 war ein rührseliger Bericht zu lesen, wonach 4 Esel aus dem Gazastreifen gerettet werden konnten und nun in Rheinhessen wieder aufgezähmt werden. Ein paar Tage später (am 19.11.) wurde dann sehr ausführlich darüber berichtet, wie vergeblich die Bemühungen des Bad Kreuznacher Arztes Dr. Andre Borsche (Vorsitzender von Interplast-Germany e.V.) verlaufen sind, schwer verletzte Kinder aus dem Gazastreifen zu evakuieren, um sie hier medizinisch behandeln zu können. Es geht ihm dabei um Kinder, die aufgrund der desaströsen medizinischen Versorgung im Gazastreifen nicht die dringend erforderliche Behandlung erfahren können.

Wenn man nur einen Funken von Mitgefühl besitzt, ist es kaum auszuhalten, dass Esel aus dem Gazastreifen nach Deutschland überführt werden können, nicht aber schwer verletzte Kinder. Eine Ausreise nach Deutschland wird von der Bundesregierung mit vorgeschobenen Gründen nicht ermöglicht. Als Gründe werden vom Bundesinnenministerium angeführt: Eine Behandlung von Schwerverletzten und Schwerkranken erfolge besser im Herkunftsland (was Dr. Borsche widerlegt) und die Verfahren für eine Aufnahme der Kinder seien zu aufwendig (auch dies kann bei gutem Willen geregelt werden wie andere Fälle aus der Vergangenheit zeigen). Diese hartherzige und unmenschliche Haltung ist in keiner Weise nachzuvollziehen.

Mehrere Städte haben (zum Teil schon vor Wochen) erklärt, dass sie bereit sind, schwer verletzte Kinder aufzunehmen und für ihre medizinische Behandlung Sorge zu tragen (dazu gehören Frankfurt, Hannover, Kiel, Bremen, Düsseldorf, Leipzig und Bonn).

Die Stadt Mainz ist dem Beispiel dieser Städte bisher leider nicht gefolgt, obwohl sich die Stadt mit der *Mainzer Allianz für Weltoffenheit* schmückt.

Deshalb appellieren wir an die im Stadtrat vertretenen Fraktionen, sich für die folgende Vorgehensweise der Stadt einzusetzen:

- 1. Die Stadt Mainz erklärt sich wie einige andere Städte bereit, schwer verletzte Kinder aus dem Gazastreifen aufzunehmen und medizinisch behandeln zu lassen.**
- 2. Die Stadt Mainz bittet die Landesregierung, sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass die erforderlichen rechtlichen und praktischen Schritte für die humanitäre Aufnahme schwer verletzter Kinder aus dem Gazastreifen eingeleitet und umgesetzt werden.**

Um eine Antwort, wie Sie sich verhalten werden, möchten wir Sie herzlich bitten. Für eine Antwort per Mail bis **Ende Januar 2026** wären wir Ihnen dankbar.

Mit freundlichen Grüßen

Antirassistisches Netzwerk Mainz

Der Offene Brief wird unterstützt von:

- **Antirassistische Gruppe**
- **Flüchtlingsrat RLP**
- **Kultur- und Sprachmittler e.V.**
- **Medinetz Mainz**
- **Mz4democracy**
- **Ökumenische Flüchtlingshilfe Oberstadt**
- **Palästinensische Gemeinde Mainz**
- **Rat der iranischen Linken und Demokraten - Mainz**
- **Seebrücke**
- **Soligruppe INGA**
- **Flüchtlingsrat Mainz**

Kontakt für *diese* Initiative des Netzwerks: Roland Graßhoff, Mainzer Flüchtlingsrat
rg@maximum-it.de